

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Maximilian Gleich (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 600 bis 602:

Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. ~~So wie andere Länder für Deutsche zur Heimat wurden,~~ Wir verteidigen ~~wir heute~~ das Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie

Von Zeile 604 bis 608:

damit Klarheit für Betroffene und für die Kommunen schaffen. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Asylrechtsänderungen ~~sollen Integration unterstützen~~ müssen die ~~Bedürfnisse von Asylsuchenden~~ und ~~nicht behindern~~ der ~~Aufnahmegesellschaft in Einklang bringen~~. Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen ~~und existierende Einschränkungen aufheben~~.

Begründung

Die Bedürfnisse der Aufnahmegesellschaft müssen genauso berücksichtigt werden, wie die Bedürfnisse der Schutzsuchenden. Nur dann kann langfristig die Integration von Schutzsuchenden in die Aufnahmegesellschaft gelingen. Asylrechtsänderungen müssen zum Ziel haben, die Bedürfnisse beider Gruppen in Einklang zu bringen.

weitere Antragsteller*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Colin Christ (KV Heilbronn); Felix Schmitz (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Liliana Marie Dornheckter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Hannes Sturm (KV Freiburg); Raphael Putz (KV Esslingen); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Henrik Schmidt-Heck (KV Roth); Sebastian von Schwerin (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Xenia Rebsam (KV Sigmaringen); Michael Jahn (KV Esslingen); Jessica Preker (KV Düsseldorf); Clemens Justus Joshua Sachs (KV Berlin-Reinickendorf); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.